



Öffentliche Bekanntmachungen

Bekanntmachung von Beschlüssen des Kreistages des Landkreises Leipzig und seiner beschließenden Ausschüsse gemäß § 3 Absatz 4 und 6 der Landkreisordnung für den Freistaat Sachsen

Hinweis:

- Die mit (*) bezeichneten Beschlüsse beziehen sich auf Anlagen, die nicht Bestandteil dieser Bekanntmachung sind.
- Die mit (**) bezeichneten Beschlüsse beziehen sich auf Satzungen oder Wirtschaftspläne, Jahresabschlüsse oder sonstige Rechtsvorschriften, die gegebenenfalls nochmals separat entsprechend der gesetzlichen Vorschriften bekannt gemacht und/oder öffentlich ausgelegt werden.

I. Bekanntmachung der vom Kreistag des Landkreises Leipzig in seiner Sitzung am 17.01.2024 gefassten Beschlüsse

Beschluss 2023/152 Beschluss zur Abgabe der Trägerschaft der Muldentalkliniken:

Der Kreistag beschließt:

1. Der Kreistag erteilt seine Zustimmung, die Trägerschaft und die Gesellschafteranteile der Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft, der Sozialen Dienste Muldental gGmbH und der Servicegesellschaft Muldental gGmbH zum nächstmöglichen Zeitpunkt an einen neuen Eigentümer zu übertragen.
2. Der Landrat des Landkreises Leipzig soll in der Gesellschafterversammlung der Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft sämtliche Beschlüsse fassen und Weisungen an die Geschäftsführung erteilen, die zur Umsetzung notwendig sind.
3. Der Landrat des Landkreises Leipzig soll durch Beschluss der Gesellschafterversammlung der Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft GmbH die Geschäftsführerin der Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft anweisen, in der Gesellschafterversammlung der Sozialen Dienste Muldental gGmbH und der Servicegesellschaft Muldental gGmbH sämtliche Beschlüsse zu fassen die zur Umsetzung notwendig sind.
4. In den anstehenden Bieterverfahren sollen folgende Prämissen einfließen:

Ausschreibung in 2 Losen:

Los 1:

Trägerschaft und Gesellschafteranteile der Muldentalkliniken GmbH, gemeinnützige Gesellschaft, mit den beiden Krankenhausstandorten Grimma und Wurzen, den Medizinischen Versorgungszentren der Sozialen Dienste Muldental gGmbH sowie der Servicegesellschaft Muldental gGmbH

Los 2:

Trägerschaft und Gesellschafteranteile der ambulanten und stationären Altenpflege und Altenhilfe der Sozialen Dienste Muldental gGmbH

Als Kriterien für die Zuschlagsentscheidung gelten folgende Aspekte:

zu 1:

- die Konzeption für den Erhalt und Betrieb der Krankenhausstandorte in Grimma und Wurzen; der Erhalt von Pädiatrie und Geburtshilfe gilt bei der Bezuschlagung als Vorteil
- Konzeption für den Erhalt und Betrieb der Medizinischen Versorgungszentren
- die Konzeption zur Übernahme der Beschäftigten
- der Angebotspreis

zu 2:

- die Konzeption für den Weiterbetrieb der ambulanten und stationären Angebote der Altenpflege und Altenhilfe
- die Konzeption zur Übernahme der Beschäftigten
- der Angebotspreis

Für die Verfahren gilt die folgende prozentuale Gewichtung:

- inhaltliche Konzeption Betrieb und Erhalt – 60 %,
- Konzeption für die Übernahme der Beschäftigten – 25 %
- Angebotspreis – 15 %

Es wird für die Verfahren eine Verhandlungskommission aus 6 Kreisräten gebildet, welche an den Verhandlungen teilnehmen wird.

5. Der Betriebsteil der Eingliederungshilfe bei der Sozialen Dienste Muldental gGmbH ist vom Verfahren nicht umfasst. Der Landrat wird beauftragt, den Betriebsteil der Eingliederungshilfe einer geeigneten Rechtsform in Trägerschaft des Landkreises Leipzig zu überführen.

Beschluss 2023/153 Beschluss über begleitende Maßnahmen zur Sicherung der Liquidität der Muldentalkliniken:

Der Kreistag beschließt:

Zur Sicherung der Übertragung der Trägerschaft und der Gesellschafteranteile der Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft, der Sozialen Dienste Muldental gGmbH und der Servicegesellschaft Muldental gGmbH zum nächstmöglichen Zeitpunkt an einen neuen Eigentümer wird der Landrat ermächtigt,

1. bei Bedarf das durch den Kreistag bewilligte Gesellschafterdarlehen in Höhe von maximal 10 Millionen Euro in einen Gesellschaftszuschuss zu wandeln oder einen Rangrücktritt zu erklären.
2. zur Abwendung der Insolvenzantragspflicht die rechtsverbindliche Erklärung zur Absicherung der Liquidität im Jahr 2025 abzugeben und die ggf. erforderlich werdenden Mittel bereitzustellen.
3. Sobald im Bieterverfahren erkennbar ist, dass es nicht zu einem wertbaren Angebot kommt, ist der Kreistag unverzüglich einzuberufen, um über das weitere Vorgehen und das Vermeiden zusätzlicher Finanzmittel zu befinden.

II. Bekanntmachung der vom Kreistag des Landkreises Leipzig in seiner Sitzung am 20.03.2024 gefassten Beschlüsse

Beschluss 2024/023 Bestellung der/des 2. Beigeordneten des Landkreises Leipzig zum 01.07.2024: Der Kreistag bestellt mit Wirkung vom 01.07.2024 Frau Ines Lüpfer als 2. Beigeordnete des Landkreises

Leipzig. Die 2. Beigeordnete ist zugleich zweite Stellvertreterin des Landrates im Falle der gleichzeitigen Verhinderung des Landrates und des ersten Stellvertreters des Landrates.

Beschluss 2024/024 Bestellung ehrenamtlicher stellvertretender Kreisbrandmeister für den Landkreis Leipzig: Der Kreistag bestellt zum ehrenamtlichen stellvertretenden Kreisbrandmeister mit Wirkung vom 21. März 2024 für den

Inspektionsbereich Wurzen:	Kamerad Thilo Bergt
Inspektionsbereich Grimma:	Kamerad Steffen Kunze
Inspektionsbereich Markkleeberg:	Kamerad Alexander Hecking

Beschluss 2024/007 Beschluss über die Abberufung eines Mitglieds aus dem Beirat der Umweltstiftung des Landkreises Leipzig: Der Kreistag widerruft mit Wirkung zum 31.12.2023 die mit Beschluss 2021/017 vom 11.03.2021 erfolgte Berufung von Herrn Christian Sieler zu einem Mitglied des Beirates der Umweltstiftung des Landkreises Leipzig.

Beschluss 2024/014 Widerruf der Wahl und Ergänzungswahl des Ersatzvertreters und der Verhinderungsvertreter in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Tierkörperbeseitigung Sachsen:

Der Kreistag

1. widerruft die Wahl des Ersatzvertreters und der Verhinderungsvertreter in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Tierkörperbeseitigung Sachsen gemäß Beschluss 2023/078 vom 05.07.2023,
2. wählt Herrn Gerald Lehne in seiner Funktion als 1. Beigeordneter widerruflich als Ersatzvertreter für den Landrat des Landkreises Leipzig gem. § 52 Abs. 3 Satz 1 SächsKomZG und nachfolgende Personen als Verhinderungsvertreter für die stimmberechtigte Teilnahme in Verbandsversammlungen des Zweckverbandes Tierkörperbeseitigung Sachsen:
 1. Verhinderungsstellvertreter Landrat Henry Graichen
 2. Verhinderungsstellvertreter 2. Beigeordnete Ines Lüpfer
 3. Verhinderungsstellvertreter Amtsleiterin Lebensmittelüberwachungs- und Veterinäramt Frau Dr. Asja Möller
 4. Verhinderungsstellvertreter Sachbearbeiterin Beteiligungsmanagement Frau Katrin Friebe

2024/010 Haushaltsplan 2024 - Teil 2 Wirtschaftspläne und Jahresabschlüsse der Unternehmen (*): Der Kreistag nimmt die beigefügten Wirtschaftspläne und aktuellen Jahresabschlüsse der Eigenbetriebe und der Unternehmen, an denen der Landkreis mit mehr als 20 % beteiligt ist, zur Kenntnis.

2024/020 Neufassung der Nutzungs- und Gebührensatzung für Unterbringungseinrichtungen des Landkreises Leipzig vom 01.06.2024 (*) ():** Der Kreistag beschließt die in der Anlage aufgeführte Nutzungs- und Gebührensatzung für Unterbringungseinrichtungen des Landkreises Leipzig mit Gültigkeit ab 01.06.2024.

Beschluss 2024/016 Gründung der „Einzig:artig!inklusive gGmbH“ als 100%ige Tochtergesellschaft des Landkreises Leipzig zur Erbringung von Leistungen auf dem Gebiet der Jugendhilfe und der Eingliederungshilfe (*):

1. Der Kreistag beschließt die Gründung der „Einzig:artig!inklusive gGmbH“.
2. Der Kreistag beschließt den im Entwurf beigefügten Gesellschaftsvertrag der „Einzig:artig!inklusive gGmbH“ (Anlage 1). Der Landrat wird ermächtigt, eventuelle sich im Zuge der Gründung ergebende notwendige Anpassungen im Vertrag vorzunehmen. Der Landrat wird ferner ermächtigt, sich im Rahmen der Abstimmungen mit dem Finanzamt zur Feststellung der Gemeinnützigkeit ergebende Anforderungen des Finanzamtes mit in den Gesellschaftsvertrag aufzunehmen. Die Errichtung der neuen Gesellschaft steht unter dem Vorbehalt der Genehmigung durch die zuständige Rechtsaufsichtsbehörde.

3. Der Landkreis Leipzig beteiligt sich an der Gesellschaft mit einem Anteil am Stammkapital von 100 %. Dazu leistet der Landkreis wirtschaftlich eine Einlage von 25.000 Euro in das Stammkapital der Gesellschaft.
4. Der Landrat wird beauftragt, die für die Gründung und Finanzierung der Gesellschaft erforderlichen Maßnahmen/Verfahren einzuleiten, Beschlüsse zu fassen und Verträge zu schließen bzw. der Geschäftsführung der Muldentalkliniken GmbH, gemeinnützige Gesellschaft, entsprechende Weisungen zu erteilen. Dabei sind die Besonderheiten eines Unternehmens in der Krise zu beachten.
5. Der Kreistag nimmt den Entwurf der Wirtschaftsplanung für die „Einzig:artig!inklusive gGmbH“ (Anlage 2) zur Kenntnis.

Beschluss 2024/013 1. Teilfortschreibung des Schulnetzplanes 2019 des Landkreises Leipzig, Planungsteil Oberschulen, Bereich Borna/Neukieritzsch/Regis-Breitingen: Der Kreistag beschließt die 1. Teilfortschreibung des Schulnetzplanes 2019, Planungsteil Oberschulen, Bereich Borna/Neukieritzsch/Regis-Breitingen, vom 04.03.2020 Beschluss Nr. 2020/005 des Landkreises Leipzig:

- Aufnahme eines neuen zweizügigen Oberschulstandortes am Standort Deutzen mit dem Schulträger Gemeinde Neukieritzsch

Beschluss 2024/017 Umsetzung der ersten Stufe des Modellprojektes „Organisationsformen des schulischen Lernens von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischen Förderbedarf im Förderschwerpunkt emotionale und soziale Entwicklung im Landkreis Leipzig (L-Of-esE)“: Der Kreistag beschließt, zur Umsetzung des Modellprojektes „Organisationsformen des schulischen Lernens von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischen Förderbedarf im Förderschwerpunkt emotionale und soziale Entwicklung im Landkreis Leipzig (L-Of-esE) die Bereitstellung von zusätzlichen finanziellen Mitteln für Schulsozialarbeit im Jahr 2024 in Höhe von max. 74.000 EUR sowie die haushaltsmäßige Veranschlagung der projektnotwendigen Mittel im nächsten Doppelhaushalt.

Beschluss 2024/008 1. Änderung des Öffentlichen Dienstleistungsauftrages vom 26. Juni 2023/04. Juli 2023 über die Erbringung von Personenverkehrsdiensten mit der Regionalbus Leipzig GmbH: Der Kreistag beauftragt den Landrat, den am 26. Juni 2023 / 04. Juli 2023 unterzeichneten Öffentlichen Dienstleistungsauftrag über die Erbringung von Personenverkehrsdiensten den Zeitraum 01. Januar 2024 bis 31. Dezember 2033 wie folgt zu ändern:

1. In § 1 Absatz 2 werden folgende Sätze angefügt:
Der Tarif Deutschlandticket ist für den Zeitraum anzuwenden, für den eine vollständige Finanzierung der Mindereinnahmen durch eine Nachschusspflicht von Bund und Ländern tatsächlich gewährleistet ist oder vom Freistaat Sachsen die Finanzierung durch einen Anwendungsbefehl im Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr im Freistaat Sachsen sichergestellt ist.
Die hierzu erlassenen Tarifbestimmungen sind in der jeweils geltenden Form anzuwenden.
Das Verkehrsunternehmen wird verpflichtet, an der bundesweit abgestimmten Einnahmeverteilung für das Deutschlandticket teilzunehmen, die hierfür erforderlichen Daten bereitzustellen, bestehende Einnahmeansprüche vollumfänglich geltend zu machen und gegebenenfalls diese Ansprüche übersteigende Einnahmen im Rahmen der Einnahmeverteilung abzugeben. Hierzu hat das Verkehrsunternehmen bis zum 20. eines Monats für den Vormonat die Meldung aller Verkäufe des Deutschlandtickets an die EAV-Clearingstelle sicherzustellen, die von der Arbeitsgemeinschaft aus dem Verband deutscher Verkehrsunternehmen e.V., der Deutschlandtarifverbund GmbH, dem Bundesverband Deutscher Omnibusunternehmen e.V. und dem Bundesverband SchienenNahverkehr e. V. gebildet wurde.
Das Verkehrsunternehmen wird darüber hinaus verpflichtet, die nach Nummer 6 der Anlage 1 zur Sächsischen Deutschlandticket-Finanzierungsverordnung 2023 (DTFinVO2023) unterstützte Kontrollinfrastruktur drei Jahre im öffentlichen Personennahverkehr in Deutschland einzusetzen.

2. Nach § 14 Absatz 6 wird folgender Absatz 7 eingefügt:
Zusätzlich zu den im § 15 Absatz 3 dieses Öffentlichen Dienstleistungsauftrages gewährten Ausgleichsleistungen erhält das Verkehrsunternehmen die vom Freistaat Sachsen gewährten Ausgleichsleistungen in Anlehnung der DTFinVO 2023 vom 06. Juli 2023.
3. Der bisherige § 14 Absatz 7 wird zu Absatz 8.

Beschluss 2024/009 Neufassung der Richtlinie zur Ausreichung der Ausgleichsmittel für den Ausbildungsverkehr gemäß ÖPNVFinAusG im Landkreis Leipzig (*) ():** Der Kreistag beschließt die als Anlage beigefügte Neufassung der Richtlinie zur Ausreichung der Ausgleichsmittel für den Ausbildungsverkehr gemäß ÖPNVFinAusG § 1 Absatz 1 im Landkreis Leipzig.

Beschluss 2024/019 Anwendung der Arbeitgeberrichtlinie der VKA zur Gewinnung und zur Bindung von Ingenieurinnen und Ingenieuren bzw. Fachkräften mit gleichwertigen Kenntnissen.: Der Kreistag stimmt der künftigen Anwendung der Arbeitgeberrichtlinie der VKA zur Gewinnung und zur Bindung von Ingenieurinnen und Ingenieuren bzw. Fachkräften mit gleichwertigen Kenntnissen durch die Landkreisverwaltung zu.

III. Bekanntmachung der vom Kreisausschuss in seiner Sitzung am 06.03.2024 gefassten Beschlüsse

Beschluss 2024/022 Bereitstellung von überplanmäßigen Aufwendungen für die Umstellung der Flucht- und Rettungsweg sowie Sicherheitsbeleuchtung am Standort Stauffenbergstr. 4, 04552 Borna: Der Kreisausschuss beschließt, die Bereitstellung von überplanmäßigen Mitteln im Haushalt 2024 für die Umsetzung des notwendigen Wechsels der gesamten Flucht- und Rettungsweg- sowie Sicherheitsbeleuchtung auf LED-Systeme in den Gebäuden der Stauffenbergstr. 4, Borna auf der Grundlage des vorliegenden Zuwendungsbescheides vom 14.12.2023 mit Fördermitteln in Höhe von 247.500 EUR. Die erforderlichen Eigenmittel belaufen sich auf 108.567 EUR. Die Deckung der Eigenmittel erfolgt voraussichtlich aus:

50.000 EUR	Minderaufwendungen Zinsen für Investitionskredite (6120.01.00-451700)
58.567 EUR	Minderaufwendungen Sozialumlage (6110.01.00-437230)

Parallel dazu beantragt der Landkreis die erforderliche Komplementärfinanzierung aus Mitteln des Klimabudgets. Sollte dies möglich werden, reduzieren sich die Eigenmittel entsprechend.

Beschluss 2024/001 Niederschlagung einer Forderung: Der Kreisausschuss beschließt die Forderungen in Höhe von 15.502,38 EUR gegenüber Herrn L., welcher an einen unbekannten Wohnort verzogen ist, unbefristet niederzuschlagen. Diese Forderungen betreffen folgende Personenkonten:

221000256	Ausländeramt – Asylleistung u. soziale Betreuung	12.748,31 EUR
221000296	Ausländeramt – Ersatzleistungen	2.754,07 EUR

Beschluss 2024/002 Niederschlagung einer Forderung: Der Kreisausschuss beschließt, die Forderungen in Höhe von 26.663,98 EUR gegenüber Herrn M. und Frau J, mit unbekanntem Wohnort in Georgien unbefristet niederzuschlagen. Diese Forderungen betreffen folgende Personenkonten

221004747 – Ausländeramt – Sonstige Ersatzleistungen	25.778,84 EUR
221004748 – Ausländeramt – Sonstige Ersatzleistungen	308,00 EUR
222000350 – Ausländeramt – Zwangsgeld Vollz. AufenthG	577,14 EUR

IV. Bekanntmachung der vom Bau- und Vergabeausschuss in seiner Sitzung am 01.02.2024 gefassten Beschlüsse

Beschluss 2024/003 Vergabe von Bauleistungen zum Vorhaben - Los 306 Rollregalanlagen - für die Errichtung eines Dokumentationszentrums zur Regional- und Wirtschaftsgeschichte Sachsens in der Jahnstraße 24a, 04552 Borna: Der Bau- und Vergabeausschuss beschließt, den Auftrag für das Los 306 Rollregalanlagen (LKL-2023-0177) für die Errichtung eines Dokumentationszentrums zur Regional- und Wirtschaftsgeschichte Sachsens – Jahnstraße 24a in 04552 Borna an die Firma: Arbitec-Forster GmbH, Stresemannallee 4b, 41460 Neuss, zu vergeben. Der Auftragswert beträgt 965.857,26 Euro brutto.

Beschluss 2024/004 Vergabe von Bauleistungen zum Vorhaben - Los 303 Spezialtiefbau - für die Errichtung eines Dokumentationszentrums zur Regional- und Wirtschaftsgeschichte Sachsens in der Jahnstraße 24a, 04552 Borna: Der Bau- und Vergabeausschuss beschließt, den Auftrag für das Los 303 Spezialtiefbau (LKL-2023-0176) für die Errichtung eines Dokumentationszentrums zur Regional- und Wirtschaftsgeschichte Sachsens – Jahnstraße 24a in 04552 Borna an die Firma: Schlieffe GEOPIER GmbH, Erfurter Landstraße 59, 99095 Erfurt-Stotternheim, zu vergeben. Der Auftragswert beträgt 1.090.547,89 Euro brutto.

Beschluss 2024/005 Verlängerung des Betreibervertrages für die Gemeinschaftsunterkunft in Borsdorf um 1 Jahr: Der Bau- und Vergabeausschuss beschließt, die Verlängerung des bestehenden Betreibervertrages der Gemeinschaftsunterkunft in Borsdorf: (Leipziger Str., 04451 Borsdorf) mit der: IF Soziale Dienste GmbH, Oberes Muldental 2, 09599 Freiberg um 1 Jahr bis zum 30.04.2025. Die Finanzierung erfolgt auf Grundlage eines Tagessatzes in Höhe von 17,61 EUR pro Platz und Tag bei 120 Plätzen Gesamtkapazität.

Beschluss 2024/006 Vergabe Betreibervertrag Gemeinschaftsunterkunft Espenhain: Der Bau- und Vergabeausschuss beschließt: 1. Die Vergabe der Betreibung der Gemeinschaftsunterkunft zur Unterbringung und Betreuung von Asylbewerbern und geflüchteten Menschen in der durch den Landkreis Leipzig angemieteten Liegenschaft: 04571 Rötha OT Espenhain, Am Gymnasium 1, auf Grundlage der als Anlage 3 beigefügten Leistungsbeschreibung an die ITB Dresden GmbH, Meißner Straße 183, 04115 Radebeul. 2. Der Betreibervertrag soll für den Zeitraum vom 01.04.2024 - 31.03.2025 geschlossen werden. Nach Ablauf dieser Frist soll sich der Vertrag unbefristet fortsetzen mit einer Kündigungsfrist von 6 Monaten. 3. Die Finanzierung erfolgt auf Grundlage des angebotenen Tagessatzes in Höhe von 6,89 EUR brutto pro Platz.

V. Bekanntmachung der vom Bau- und Vergabeausschuss in seiner Sitzung am 07.03.2024 gefassten Beschlüsse

Beschluss 2024/018 K 8340, Hangsicherung Leisniger Straße Podelwitz, NK 4842 019, Station 0,260 - 0,325: Der Bau- und Vergabeausschuss beschließt die Vergabe der Maßnahme K 8340, Hangsicherung Leisniger Straße Podelwitz an die Firma Dahlener Bau GmbH, Molkereiweg 12, 04774 Dahlen, mit einer Bruttoangebotssumme von 486.724,95 EUR.

Beschluss 2024/025 K 8361, Ersatzneubau Brücke über die Parthe in Albrechtshain: Der Bau- und Vergabeausschuss beschließt die Vergabe der Maßnahme K 8361, Ersatzneubau Brücke über die Parthe in Albrechtshain an die Firma Tief- und Spezialbau Halle GmbH, Äußere Radeweller Straße 6, 06132 Halle (Saale), mit einer Bruttoangebotssumme in Höhe von 982.819,96 EUR.

VI. Bekanntmachung der vom Jugendhilfeausschuss in seiner Sitzung am 05.03.2024 gefassten Beschlüsse

Beschluss 2024/012 Förderung der Projekte „Präventiver Kinderschutz und Frühe Hilfen im Landkreis Leipzig“ für das Haushaltsjahr 2024: Der Jugendhilfeausschuss beschließt, die Förderung der Projekte „Präventiver Kinderschutz und Frühe Hilfen im Landkreis Leipzig“ für das Haushaltsjahr 2024.

Beschluss 2024/011 Prioritätenliste des Landkreises Leipzig zur Förderung von Projekten der Schulsozialarbeit im Haushaltsjahr 2024 (*): Der Jugendhilfeausschuss beschließt, die Fördermittelvergabe für die Projekte der Schulsozialarbeit gemäß der als Anlage beigefügten Prioritätenliste für das Haushaltsjahr 2024. Die Haushaltsansätze sind im Doppelhaushalt 2023/2024 wie unten ausgeführt veranschlagt. Sollten sich im Jahresverlauf Änderungen im Förderbedarf einzelner Projekte ergeben, wird die Verwaltung ermächtigt, über Änderungen, die sich im Rahmen der beschlossenen Fördersumme der einzelnen Projekte bewegen, in eigener Verantwortlichkeit zu entscheiden.

VII. Bekanntmachungsanordnung

für die vorstehend bekanntgemachten Beschlüsse des Kreistages des Landkreises Leipzig und seiner Ausschüsse:

Der

- Kreistag hat in seinen Sitzungen am 17.01.2024 und am 20.03.2024
- Kreisausschuss hat in seiner Sitzung am 06.03.2024
- Bau- und Vergabeausschuss hat in seinen Sitzungen am 01.02.2024 und am 07.03.2024
- Jugendhilfeausschuss hat in seiner Sitzung am 05.03.2024

die unter den Ziffern I. bis VI. vorgenannten Beschlüsse gefasst. Die Beschlüsse werden hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Es wird darauf hingewiesen, dass Satzungen und Beschlüsse, die unter Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften zustande gekommen sind, ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen gelten. Dies gilt gemäß § 3 Absatz 5 Satz 2 und Absatz 6 der Landkreisordnung für den Freistaat Sachsen (SächsLKrO) nicht, wenn

1. die Ausfertigung der Satzung oder des Beschlusses nicht oder fehlerhaft erfolgt ist;
2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung oder des Beschlusses verletzt worden sind;
3. der Landrat dem Beschluss nach § 48 Abs. 2 SächsLKrO wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat,
4. vor Ablauf der vorstehend genannten Frist
 - a) die Rechtsaufsichtsbehörde einen Beschluss beanstandet hat oder
 - b) die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschrift gegenüber dem Landkreis unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach § 3 Absatz 5 Satz 2 Nr. 3 oder 4 SächsLKrO geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in § 3 Abs. 5 Satz 1 SächsLKrO genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.

Borna, den 26.03.2024

gez. Henry Graichen
Landrat

- Siegel -

Bekanntmachung von Beschlüssen des Kreistages des Landkreises Leipzig und seiner beschließenden Ausschüsse gemäß § 3 Absatz 4 und 6 der Landkreisordnung für den Freistaat Sachsen

hier: Bekanntmachung von Satzungen und Richtlinien

I. Bekanntmachung der Neufassung der Satzung über die Nutzungs- und Gebührensatzung für Unterbringungseinrichtungen des Landkreises Leipzig vom 01.06.2024

Neufassung der Satzung über die Nutzungs- und Gebührensatzung für Unterbringungseinrichtungen des Landkreises Leipzig vom 01.06.2024

Aufgrund von § 2, § 3 Abs. 1 Satz 4 Landkreisordnung für den Freistaat Sachsen (SächsLKrO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 99), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 19. Oktober 2023 (SächsGVBl. S. 850), in der derzeit gültigen Fassung i.V.m. § 3 Abs. 2 und Abs. 4 Gesetz zur Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen im Freistaat Sachsen (Sächsisches Flüchtlingsaufnahmengesetz - SächsFlüAG) vom 25. Juni 2007 (SächsGVBl. S. 190), zuletzt geändert durch Artikel 15 des Gesetzes vom 14. Dezember 2018 (SächsGVBl. S. 782), in der derzeit gültigen Fassung, § 4 Abs. 1 und § 5 Abs. 1 Sächsisches Spätaussiedlereingliederungsgesetz (SächsSpAEG) vom 28. Februar 1994 (SächsGVBl. S. 359), das zuletzt durch Artikel 24 des Gesetzes vom 26. April 2018 (SächsGVBl. S. 198) geändert worden ist, in der derzeit gültigen Fassung und § 2 Abs. 1 S. 1 und § 9 Abs. 1 Sächsisches Kommunalabgabengesetz (SächsKAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 116), das durch Artikel 2 Abs. 17 des Gesetzes vom 5. April 2019 (SächsGVBl. S. 245), in der derzeit gültigen Fassung hat der Kreistag des Landkreises Leipzig in seiner Sitzung am 20.03.2024 die Nutzungs- und Gebührensatzung für Unterbringungseinrichtungen des Landkreises Leipzig beschlossen:

Teil 1

§ 1

Zweckbestimmung der Unterbringungseinrichtungen

(1) Der Landkreis Leipzig verwaltet und betreibt als untere Unterbringungsbehörde Gemeinschaftsunterkünfte (GU) zur zentralen Unterbringung und vom Landkreis Leipzig angemietete Wohnungen zur dezentralen Unterbringung von Asylbewerbern, anderen ausländischen Flüchtlingen und Spätaussiedlern und deren Angehörigen, die dem Landkreis Leipzig durch den Freistaat Sachsen auf gesetzlicher Grundlage zugewiesen werden. Er kann sich für die Durchführung dieser Aufgabe auch Dritter bedienen.

(2) Die Unterbringungseinrichtungen dienen insbesondere der Aufnahme und Unterbringung von Personen,

- a) zu deren Aufnahme der Landkreis Leipzig nach § 5 SächsFlüAG, in der jeweils gültigen Fassung, verpflichtet ist oder
- b) für die der Landkreis zu deren Aufnahme verpflichtet ist (§ 1a, § 4 Abs. 1 SächsSpAEG) oder
- c) für die Ehegatten und minderjährigen Kinder der unter Buchstabe a genannten Personen ohne dass sie selbst die dort genannten Voraussetzungen erfüllen oder
- d) zu deren Aufnahme der Landkreis Leipzig nach § 22 Satz 2 AufenthaltG verpflichtet ist.

Die Unterbringung für Ausländer aus nachgelagertem Familiennachzug ist von dieser Satzung ausgenommen.

(3) Die Unterbringungseinrichtungen werden als nichtrechtsfähige Einrichtungen des Landkreises Leipzig in öffentlich-rechtlicher Form betrieben.

(4) Für die Nutzung der Unterbringungseinrichtungen erhebt der Landkreis Leipzig Gebühren nach Teil 2 dieser Satzung.

§ 2

Nutzungsverhältnis

(1) Zwischen dem Landkreis Leipzig und dem Nutzungsberechtigten wird ein öffentlich-rechtliches Nutzungsverhältnis begründet. Ein Rechtsanspruch auf Unterbringung in einer bestimmten Unterbringungseinrichtung oder auf Zuweisung von bestimmten Räumen innerhalb einer Unterbringungseinrichtung besteht nicht. Aus organisatorischen Gründen können den Nutzungsberechtigten während der Dauer des Nutzungsverhältnisses auch andere Räume in derselben oder einer anderen Unterbringungseinrichtung zugewiesen werden.

(2) Wird das Nutzungsverhältnis für mehrere Personen gemeinsam begründet, haften diese für alle Verpflichtungen aus dem Nutzungsverhältnis als Gesamtschuldner.

(3) Jeder Nutzer muss Tatsachen in der Person oder in dem Verhalten eines Haushaltsangehörigen oder eines Dritten, der sich mit Willen des Nutzers in der Unterkunft aufhält, für und gegen sich gelten lassen, sofern diese das Nutzungsverhältnis berühren oder einen Ersatzanspruch begründen.

(4) Die Nutzungsberechtigten haben sich regelmäßig spätestens aller 7 Tage bei der Verwaltung der zentralen Unterbringungseinrichtung zu melden. Nachteile aus einer unterlassenen Meldung wirken gegen den Nutzer.

§ 3

Nutzungsberechtigte

(1) Nutzungsberechtigt sind die unter § 1 Abs. 2 genannten Personen.

(2) Die Nutzungsberechtigten werden von der mittleren Unterbringungsbehörde per Zuweisungsbescheid dem Landkreis Leipzig zugewiesen; das Landratsamt Landkreis Leipzig als untere Unterbringungsbehörde des Landkreises Leipzig bestimmt als Auflage die Unterbringungseinrichtung, in der sie untergebracht werden. Durch die Zuweisung wird kein Mietverhältnis begründet.

(3) Für die Zeit der Unterbringung in einer Unterbringungseinrichtung erhalten die Nutzungsberechtigten einen Nutzungsbescheid. Der Nutzungsbescheid gilt für alle im Bescheid aufgeführten Personen.

§ 4

Beginn und Ende der Nutzung, Nutzungsunterbrechung

(1) Das Nutzungsverhältnis beginnt mit dem Tag der Zuweisung durch die mittlere Unterbringungsbehörde bzw. mit dem Tag der Ankunft in der Unterbringungseinrichtung, wenn dieser Tag nicht mit dem Tag der Zuweisung identisch ist.

(2) Das Nutzungsverhältnis endet

- a) sofern die aufenthaltsbegründende Gesetzeslage entfällt (beispielsweise Änderung der Massenzustromrichtlinie bzw. der Ukraine-Aufenthalts-Übergangsverordnung),
- b) zum Monatsletzten des Monats, in dem die Leistungsvoraussetzungen gemäß § 1 Abs. 3 und 3a AsylbLG entfallen,
- c) bei Beendigung der Verpflichtung des Nutzungsberechtigten gemäß § 53 Abs. 2 AsylG, in einer GU zu wohnen, sofern durch den Ausländer eine anderweitige Unterkunft nachgewiesen wird und dem Landkreis Leipzig dadurch Mehrkosten nicht entstehen,
- d) infolge Umverteilung des Nutzungsberechtigten in einen anderen Landkreis / kreisfreie Stadt,
- e) bei Ausreise des Nutzungsberechtigten aus der Bundesrepublik Deutschland,
- f) bei Tod des Nutzungsberechtigten,
- g) im Fall eines Widerrufs nach § 5 dieser Satzung oder
- h) mit Auszug (§ 4 Abs. 8 und 9 dieser Satzung geltend entsprechend).

(3) Im Falle der Unterbringungsverpflichtung für Personen nach § 5 Nr. 5 SächsFlüAG, § 22 Satz 2 AufenthG und nach § 4 Abs. 1 SächsSpAEG kann das Nutzungsverhältnis verhältnismäßig im Nutzungsbescheid befristet werden.

(4)

a) Im Falle von Abs. 2 Buchstabe a und b sowie Abs. 3 dieser Satzung kann das Nutzungsverhältnis im Ausnahmefall befristet verlängert werden, wenn der Nutzungsberechtigte noch nicht über eigenen Wohnraum verfügt und nachweist, dass er trotz intensiver Bemühungen keine Wohnung erhalten konnte. Die Verlängerung des Nutzungsverhältnisses erfolgt nur auf schriftlichen Antrag. Dieser ist bis spätestens zwei Wochen vor Ablauf des Nutzungsverhältnisses beim Landkreis Leipzig zu stellen, soweit der Grund, der Anlass zu einer Verlängerung gibt, nicht später entsteht.

b) Wird das Nutzungsverhältnis auf einen solchen begründeten Antrag hin verlängert, erhält der Nutzungsberechtigte für den Zeitraum der Verlängerung des Nutzungsverhältnisses vom Landkreis Leipzig einen gesonderten Nutzungsbescheid. Der Nutzungsberechtigte hat keinen Anspruch auf den bisher zugewiesenen Wohnplatz innerhalb einer Unterbringungseinrichtung, auch hat er keinen Anspruch auf Unterbringung in der bisherigen Unterbringungseinrichtung.

(5) Bei Umzug eines Nutzungsberechtigten in eine andere Unterbringungseinrichtung innerhalb des Landkreises Leipzig infolge Auflagenänderung i.S.d. § 3 Abs. 2 dieser Satzung i.V.m. § 60 Abs. 2 Nr. 2 AsylG bzw. § 61 Abs. 1d AufenthG wird das Nutzungsverhältnis auf Grundlage eines neu zu erstellenden Nutzungsbescheides fortgeführt.

(6) Das Nutzungsverhältnis wird unterbrochen

- a) während der Dauer der Verwahrung des Nutzungsberechtigten in einer Haftanstalt oder in anderweitiger richterlich angeordneter Unterbringung oder
 - b) bei unangemeldetem Verlassen der Unterbringungseinrichtung durch den Nutzungsberechtigten für mehr als sieben Tage ohne erkennbaren wichtigen Grund.
- (7) Bei Unterbrechung des Nutzungsverhältnisses gemäß Abs. 6 dieser Satzung hat die betroffene Person bei Fortsetzung des Nutzungsverhältnisses keinen Anspruch auf einen Wohnplatz in der Unterbringungseinrichtung, in der diese vor der Unterbrechung des Nutzungsverhältnisses untergebracht war. Bei Wiederaufnahme in der gleichen Unterbringungseinrichtung besteht kein Anspruch auf den vorher zugewiesenen Wohnplatz.

(8)

a) Bei Unterbrechung sowie Beendigung des Nutzungsverhältnisses – insbesondere bei Umzug in eine andere Unterbringungseinrichtung, in eine Privatwohnung oder bei freiwilliger Ausreise – hat der Nutzungsberechtigte die ihm zugewiesenen Räumlichkeiten von privatem Eigentum beräumt, in ordnungsgemäßen Zustand (besenrein und gereinigt) und unter unbeschädigter Zurücklassung des Wohnplatzes und der darin zuvor enthaltenen Einrichtungs- und Gebrauchsgegenstände sowie unter Herausgabe aller Schlüssel an den Landkreis Leipzig oder dessen beauftragte Dritte persönlich zurückzugeben.

b) Der Nutzungsberechtigte hat bei nicht ordnungsgemäßer bzw. beschädigter Rückgabe alle daraus entstehenden Kosten zu erstatten.

(9)

a) Die Rechte und Pflichten des Nutzungsberechtigten enden mit Ablauf des Tages der ordnungsgemäßen Rückgabe der ihm zugewiesenen Räumlichkeiten und Gegenstände. Dazu hat er sich schriftlich die Übergabe von der Verwaltung der Unterbringungseinrichtung bestätigen zu lassen, insbesondere den Tag des Auszugs.

b) Im Falle einer unterlassenen Rückgabe und erfolgten Anmeldung des Nutzungsberechtigten in einer anderen Wohnung bzw. Kommune gilt bei zentraler Unterbringung das Vorsprachdatum zur einwohnermelderechtlichen Ummeldung in einer Kommune und bei dezentraler Unterbringung das Datum der Feststellung des Leerstandes als Rückgabedatum.

c) Im Falle einer unterlassenen Rückgabe und unterlassenen Anmeldung des Nutzungsberechtigten in einer anderen Wohnung bzw. Kommune gilt bei zentraler und dezentraler Unterbringung das Datum der Feststellung des Leerstandes als Rückgabedatum.

In den Fällen des § 4 Abs. 9 Buchstabe a bis c dieser Satzung gelten für entstehende Schäden § 4 Abs. 8 Buchstabe b dieser Satzung. Der Nutzungsberechtigte hat rechtzeitig eigenständig vor Beendigung des Nutzungsverhältnisses einen Rückgabetermin mit dem Landkreis Leipzig bzw. dessen beauftragten Dritten zu vereinbaren.

§ 5

Widerruf der Nutzungsberechtigung

(1) Die Nutzungsberechtigung für eine dem Nutzungsberechtigten zugewiesene bestimmte Unterbringungseinrichtung kann vom Landkreis Leipzig, insbesondere aus Anlass einer Auflagenänderung i. S. d. § 3 Abs. 2 dieser Satzung oder jederzeit aus wichtigem Grund widerrufen werden. Ein wichtiger Grund im Sinne des Satzes 1 liegt insbesondere in folgenden Fällen vor:

- a) bei schwerwiegendem oder wiederholtem Verstoß gegen die gültige Haus- und Brandschutzordnung oder gegen daraus resultierende Anordnungen des Landkreises Leipzig oder beauftragten Dritten,
 - b) bei grob fahrlässig oder vorsätzlich verursachten Sachbeschädigungen sowie sonstigen schwerwiegenden oder wiederholten Verstößen gegen die Pflichten gemäß § 7 dieser Satzung,
 - c) wenn nachträglich festgestellt wird, dass die untergebrachte Person nicht zum nutzungsberechtigten Personenkreis gehört,
 - d) bei ganz oder teilweise Wegfall bzw. Schließung der Unterbringungseinrichtung,
 - e) wenn der Nutzungsberechtigte mit der Zahlung der Nutzungsgebühren in Summe mit mehr als zwei Monaten im Rückstand ist,
 - f) wenn ein Wohnungsangebot ohne hinreichenden Grund nicht angenommen wird,
 - g) wenn in der zugewiesenen Unterkunft dritte Personen untergebracht werden, deren Aufenthalt dem Landkreis Leipzig von dem Nutzungsberechtigten nicht bekannt gegeben wurde bzw. deren Aufenthalt von dem Landkreis Leipzig nicht genehmigt wurde,
 - h) bei der einwohnermelderechtlichen Abmeldung nach Unbekannt.
- (2) Der Landkreis Leipzig kann mit dem Widerruf der Nutzungsberechtigung die Räumungsanordnung oder ein Hausverbot verbinden.

§ 6

Verwaltung der Unterbringungseinrichtung und Hausrecht

(1) Die bei der Verwaltung der Unterbringungseinrichtung anfallenden Aufgaben werden von der Unterbringungsverwaltung (Mitarbeiter des Landkreises Leipzig sowie beauftragte Dritte) erledigt. Die Unterbringungsverwaltung ist befugt, im Rahmen dieser Satzung die erforderlichen Anordnungen zu treffen.

(2) Die Unterbringungsverwaltung übt das Hausrecht aus. Die Ausübung des Hausrechts kann in Einzelfällen auf andere Mitarbeiter übertragen werden.

(3) Zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung in der Unterbringungseinrichtung sind die von der Unterbringungsverwaltung zu erlassende Hausordnung, die insbesondere den Aufenthalt von Gästen der Nutzungsberechtigten, die Reinigung von Gemeinschaftsanlagen und -räumen sowie sonstige Verhaltenspflichten regelt, sowie sonstige allgemeine Bekanntmachungen zu befolgen.

§ 7

Nutzung der überlassenen Räume

(1) Die als Unterkunft überlassenen Räume dürfen nur von den Nutzungsberechtigten und nur zu Wohnzwecken benutzt werden.

(2) Die Nutzungsberechtigten sind zur Wahrung des Hausfriedens und zur gegenseitigen Rücksichtnahme verpflichtet.

(3) Die Nutzungsberechtigten sind verpflichtet

- a) die ihnen zugewiesenen Räume, samt dem überlassenen Zubehör, pfleglich zu behandeln und im Rahmen der bestimmungsgemäßen Verwendung bedingten Abnutzung instand zu halten,
- b) auf einwandfreie hygienische Verhältnisse zu achten, insbesondere die Unterkunft, die Toiletten, Küchen und sonstigen sanitären Einrichtungen nicht zu verschmutzen,

- c) die Unterkunft täglich zu reinigen sowie für eine ausreichende Belüftung und Beheizung der überlassenen Unterkunft zu sorgen (siehe Belehrung ordnungsgemäßes Heizen/Lüften),
 - d) die Außenanlagen nicht zu verschmutzen,
 - e) sich am Wohnheimbetrieb unter Einhaltung der jeweils gültigen Hausordnung, zum Beispiel bei Dolmetschertätigkeit, Reinigungsdienst, insbesondere der Reinigung der Gemeinschaftseinrichtungen, der Außenanlagen sowie beim Räum- und Streudienst zu beteiligen,
 - f) bei Unterbringung in einer vom Landkreis angemieteten Wohnung die Hausordnung ordnungsgemäß einzuhalten sowie den Räum- und Streudienst sicherzustellen,
 - g) sich ordnungsgemäß bei der GEZ anzumelden bzw. Befreiungsanträge zu stellen und
 - h) mit den von ihnen beeinflussbaren Verbrauchskosten (z. B. Wasser, Heizung, Müll, Strom) sparsam umzugehen.
- (4) Bei Auftreten eines wesentlichen Mangels oder Schadens in der zugewiesenen Unterkunft sowie in den allgemein zugänglichen Teilen (z. B. Flure, Küchen, Treppenaufgänge, Sanitäreinrichtungen) haben die Nutzungsberechtigten der Unterbringungsverwaltung unverzüglich Mitteilung zu machen. Dies gilt auch, wenn eine Vorkehrung zum Schutze der Unterbringungseinrichtung bzw. der darin untergebrachten Personen gegen eine plötzlich auftretende Gefahr erforderlich wird. Insbesondere sind der Unterbringungsverwaltung unverzüglich zu melden:

- a) Feuergefahr, Brände,
 - b) ansteckende Krankheiten,
 - c) Auftreten von Ungeziefer,
 - d) in der Unterbringungseinrichtung begangene mit Strafe bedrohte Handlungen, insbesondere illegaler Handel bzw. Konsum von Betäubungsmitteln, Diebstahl und Sachbeschädigungen,
 - e) Schäden an der Heizung, an Heizkörpern, an Gas- und Wasserleitungen, an elektrischen Anlagen, im Sanitärbereich, an Kucheneinrichtungen sowie
 - f) sonstige für den Betrieb der Unterbringungseinrichtung wichtige Vorkommnisse.
- (5) Veränderungen an der zugewiesenen Unterbringungseinrichtung, in den gemeinschaftlich genutzten Räumen und dem überlassenen Zubehör dürfen nur mit Zustimmung der Unterbringungsverwaltung vorgenommen werden. Ein eigenmächtiger Wechsel des Unterkunftsplatzes sowie der Austausch von Einrichtungsgegenständen ist untersagt. Nutzungsberechtigte dürfen privates Inventar nur mit Zustimmung der Unterbringungsverwaltung in die Unterkunft einbringen.
- (6) Den Nutzungsberechtigten ist nicht gestattet, die Beseitigung auftretender Mängel auf Kosten des Landkreises Leipzig in Auftrag zu geben.
- (7) Zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit ist den Nutzungsberechtigten verboten:
- a) in der Unterkunft zu rauchen,
 - b) jede eigenmächtige bauliche oder technische Veränderung, zum Beispiel an Licht-, Gas- oder Wasserleitungen, Brandwarn- und -meldeanlagen,
 - c) der Umgang mit offenem Feuer, das Lagern von brennbaren Stoffen und Flüssigkeiten, das Aufstellen privaten Inventars in Gemeinschaftsräumen,
 - d) unbefugtes Betätigen der Brandwarn- und -meldeanlagen und sonstiger sicherheitstechnischer Anlagen, insbesondere durch Rauchen in der Unterkunft,
 - e) unzulässigen oder nach den Umständen vermeidbaren Lärm zu erregen, der geeignet ist, die anderen Heimbewohner oder die Nachbarn erheblich zu belästigen oder die Gesundheit eines anderen zu schädigen,
 - f) das Halten von Tieren jeglicher Art,
 - g) das Anbieten von Waren und Dienstleistungen aller Art und jegliche kommerzielle Werbung,
 - h) die Nutzung privater elektrischer Heiz- und Kochgeräte,
 - i) jede illegale Aufbewahrung, illegaler Verkauf und illegaler Konsum von Betäubungsmitteln sowie maßloser Genuss von alkoholischen Getränken.

§ 8

Betreten und Räumung von Unterkunftsräumen durch die Unterbringungsverwaltung

(1) Der Unterbringungsverwaltung ist zur Erledigung ihrer Aufgaben, nach vorheriger Anmeldung, jederzeit der Zutritt zu den Unterkünften zu gestatten.

(2) Die Unterbringungsverwaltung kann die Unterkunftsräume - auch in Abwesenheit der betroffenen Bewohner - öffnen und betreten, insbesondere um

- eine unmittelbare (bevorstehende) Gefahr für die Sicherheit und Ordnung der Einrichtung und ihrer Nutzungsberechtigten abzuwenden,
- unbefugte Personen aus der öffentlichen Einrichtung zu entfernen,
- zulässige Vollstreckungshandlungen durchzuführen oder
- die rechtzeitige Unterbringung einer der Einrichtung zugewiesenen Person in einem Mehrbettzimmer zu ermöglichen.

(3) Bei Beendigung oder Unterbrechung der Nutzung im Sinne des § 4 dieser Satzung ist die Unterbringungsverwaltung berechtigt, den zugewiesenen Wohnraum zu räumen. Alle anfallenden Kosten sind durch den Nutzungsberechtigten zu

tragen. Sofern die Möglichkeit der Aufbewahrung besteht, werden die Gegenstände für einen Zeitraum von sechs Monaten eingelagert. Dies bezieht sich nur auf Gegenstände, die ohne Aufwand eingelagert werden können.

§ 9

Besucher

(1) Besucher haben sich bei der Unterbringungsverwaltung der Einrichtung an- und abzumelden. Sofern Grund zu der Annahme besteht, dass der Besucher in der Unterbringungseinrichtung Waren oder Dienstleistungen anbietet, kommerzielle Werbung betreibt oder gegen eines der sonstigen Verbote nach § 7 Abs. 7 dieser Satzung verstoßen will, ist er zurückzuweisen.

(2) Besucher dürfen sich nur in der Zeit von 8.00 Uhr bis 22.00 Uhr in der Unterbringungseinrichtung aufhalten. Die Unterbringungsverwaltung kann Ausnahmen zulassen, wenn Sicherheit und Ordnung dadurch nicht beeinträchtigt werden.

(3) Während des Aufenthaltes in der zentralen oder dezentralen Unterbringungseinrichtung hat der Besucher die Festlegungen dieser Nutzungs- und Gebührensatzung und der Hausordnung zu beachten und den Aufforderungen der Unterbringungsverwaltung Folge zu leisten.

(4) Besucher, die in der Unterbringungseinrichtung angetroffen werden und sich bei der Unterbringungsverwaltung nicht angemeldet haben, können aus der Unterbringungseinrichtung verwiesen und bei Widersetzlichkeit wegen Hausfriedensbruch strafrechtlich verfolgt werden. Dasselbe gilt für Besucher, die sich ohne Erlaubnis nach 22.00 Uhr in der Unterbringungseinrichtung befinden.

(5) Bei einer dezentralen Unterbringung haben die Nutzungsberechtigten Besucher, die sich länger als 24 Stunden dort aufhalten, sofort dem Landkreis Leipzig unter Angabe der voraussichtlichen Aufenthaltsdauer zu melden.

§ 10

Haftung und Haftungsausschluss

(1) Ein Nutzungsberechtigter haftet für alle Schäden, die er in der Unterbringungseinrichtung vorsätzlich oder fahrlässig verursacht hat. Dies gilt insbesondere auch bei schuldhafter Verletzung der in § 7 dieser Satzung geregelten Pflichten. Der Nutzungsberechtigte haftet auch für das Verschulden seiner Familienangehörigen oder Dritter, die sich mit seinem Willen in der Unterbringungseinrichtung aufhalten.

(2) Der Nutzungsberechtigte haftet ferner für alle Schäden, die dem Landkreis Leipzig dadurch entstehen, dass die Unterkunft nach Beendigung des Nutzungsverhältnisses nicht rechtzeitig geräumt sowie gereinigt und in ordnungsgemäßem Zustand mit sämtlichen Einrichtungs- und Ausstattungsgegenständen und Schlüsseln zurückgegeben wird.

(3) Die Haftung des Landkreises Leipzig richtet sich nach den gesetzlichen Bestimmungen.

Teil 2

§ 11

Gebührenpflicht und Gebührensschuldner

(1) Der Landkreis Leipzig erhebt für die Unterbringung von nutzungsberechtigten Personen in den Unterbringungseinrichtungen Nutzungsgebühren nach Maßgabe dieser Satzung.

(2) Gebührensschuldner sind die in § 3 Abs. 1 dieser Satzung genannten Personen soweit sie der jeweiligen Unterbringungseinrichtung zugewiesen wurden und nicht über anderen Wohnraum verfügen.

(3) Ausgenommen hiervon sind diejenigen Personen, die im laufenden Leistungsbezug nach dem AsylbLG sind. Für diesen Personenkreis trägt der Landkreis Leipzig die Unterbringungskosten im Rahmen von Sachleistungen auf Grundlage des AsylbLG. Satz 1 gilt nicht für die Nutzungsberechtigten, die ihren Bedarf nach dem AsylbLG teilweise bzw. vollständig selbst decken können.

(4) Wird eine Unterkunft von mehreren Personen genutzt, für die ein gemeinsames Nutzungsverhältnis begründet worden ist, so haften diese für die Nutzungsgebühren als Gesamtschuldner. Schuldner der Nutzungsgebühren für minderjährige Kinder sind die gesetzlichen Vertreter. Mehrere gesetzliche Vertreter eines minderjährigen Kindes haften als Gesamtschuldner.

§ 12

Entstehung und Fälligkeit der Nutzungsgebühren

(1) Die Gebührenpflicht für die Nutzung der Unterbringungseinrichtung entsteht ab dem Monatsersten des darauffolgenden Monats, in dem keine Befreiung nach § 11 Abs. 3 dieser Satzung vorliegt. Im Übrigen entsteht die Gebührenpflicht ab dem ersten Tag der Nutzung der Unterbringungseinrichtung.

(2) Die Gebührenpflicht endet mit Ablauf des Tages der ordnungsgemäßen Rückgabe der zugewiesenen Räumlichkeiten und Gegenstände gemäß § 4 Abs. 8 und 9 dieser Satzung bzw. mit Anmeldung in einer neuen Wohnung. Für Fälle einer nicht ordnungsgemäßen Rückgabe der zugewiesenen Räumlichkeit gilt § 4 Abs. 8 und 9 dieser Satzung.

(3) Während einer Nutzungsunterbrechung werden für den Fall, dass der Nutzungsberechtigte in einer Haftanstalt untergebracht ist oder auf anderweitige richterliche Anordnung verwahrt wird, keine Nutzungsgebühren erhoben. Es gilt § 4 Abs. 5 bis 7 dieser Satzung. Bei sonstiger vorübergehender Abwesenheit bleibt die Gebührenpflicht für die Unterkunft bestehen, solange in der Unterbringungseinrichtung ein Platz freigehalten wird.

(4) Die Nutzungsgebühren sind jeweils monatlich bis zum dritten Werktag des laufenden Monats fällig. Bei der erstmaligen Erhebung mit Bekanntmachung des Gebührenbescheides bzw. Bescheinigung über die Kosten der Unterkunft/Heizung, soweit in diesem kein anderer Fälligkeitszeitpunkt festgelegt ist.

(5) In Härtefällen, z.B. bei nicht rechtzeitiger Überweisung der Geldleistungen vom Sozialleistungsträger, kann durch den Nutzungsberechtigten eine Stundung oder Ratenzahlung der Nutzungsgebühren beim Landkreis Leipzig beantragt werden.

(5) Die Erhebung der Nutzungsgebühren erfolgt durch das Landratsamt Landkreis Leipzig (untere Unterbringungsbehörde).

§ 13

Gebührenmaßstab

(1) Die Nutzungsgebühr bestimmt sich nach der Nutzungsdauer.

(2) Die anrechenbare Nutzungsdauer beginnt ab dem Tag der ersten Nutzung und endet mit Rückgabe der zugewiesenen Räumlichkeiten und Gegenstände gemäß § 12 Abs. 1 und 2 dieser Satzung.

§ 14

Gebührensätze, Gebührenhöhe

(1) Für die zentrale und die dezentrale Unterbringung werden unterschiedliche Einheitsgebühren erhoben. Eine Übersicht der Gebühren ist dieser Satzung als Anlage beigelegt.

(2) Grundlage für die Erhebung der Einheitsgebühr für die zentrale Unterbringung ist eine Kalkulation aller unterkunftsbezogenen und

ansatzfähigen Kosten der Gemeinschaftsunterkünfte bezogen auf den Kalkulationszeitraum gemäß SächsKAG. Der einheitliche Gebührensatz für die zentrale Unterbringung pro Platz wird errechnet indem die Gesamtkosten im Kalkulationszeitraum durch die Anzahl der Monate und durch die Anzahl aller Unterbringungsplätze in den Gemeinschaftsunterkünften, die innerhalb des Kalkulationszeitraumes zur Verfügung stehen, dividiert werden.

(3) Grundlage für die Erhebung der Einheitsgebühr für die dezentrale Unterbringung ist eine Kalkulation aller unterkunftsbezogenen und ansatzfähigen Kosten der Wohnungen gemäß SächsKAG, die durch den Landkreis Leipzig selbst oder einen von ihm beauftragten Dritten angemietet wurden, bezogen auf den Kalkulationszeitraum. Der einheitliche Gebührensatz für die dezentrale Unterbringung pro Platz wird errechnet, indem die Gesamtkosten im Kalkulationszeitraum durch die Anzahl der Monate und durch die Anzahl aller Unterbringungsplätze in den Wohnungen, die innerhalb des Kalkulationszeitraumes zur Verfügung stehen, dividiert werden.

(4)

- a) Für Personen in zentraler Unterbringung, die nachweislich einer mindestens 3 Monate andauernden sozialversicherungspflichtigen Erwerbstätigkeit beim gleichen Arbeitgeber nachgehen, können sich auf Antrag die monatlichen Gebühren nach dieser Satzung um 20 % ermäßigen. Dies gilt auch für alle anderen Personen des Nutzungsverhältnisses.
- b) Die Antragstellung wirkt frühestens ab dem 4. Beschäftigungsmonat. Im Fall einer späteren Antragstellung, erst ab dem Tag der Antragstellung.
- c) Zur Inanspruchnahme der Gebührenermäßigung sind die erwerbstätigen untergebrachten Personen verpflichtet, das Einkommen aus einer bestehenden sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, einer selbständigen Tätigkeit oder eines sonstigen Einkommens gegenüber dem Landkreis Leipzig durch Vorlage von geeigneten Unterlagen (Bsp.: Arbeitsvertrag, Lohnbescheinigung, Steuerbescheid, Kontoauszüge) nachzuweisen. Im Fall der Ermäßigung ist umgehend jede Unterbrechung bzw. Beendigung des Arbeitsverhältnisses zu melden, da diese die Ermäßigung verwirkt.

(5) Die Nutzungsgebühr für Zeiträume von weniger als einem Kalendermonat wird zeitanteilig nach Tagen berechnet. In diesem Fall wird für jeden Tag ein Betrag von 1/30 der Monatsgebühr erhoben.

§ 15 Bußgeldvorschriften

(1) Ordnungswidrig i. S. d. § 66 Abs. 1 Nr. 2 SächsLKrO handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig gegen nachfolgende Bestimmungen dieser Satzung verstößt.

Danach handelt ordnungswidrig, wer in der Unterbringungseinrichtung bzw. auf dem zur Unterbringungseinrichtung gehörenden Gelände:

- a) entgegen § 7 Abs. 3 Buchstabe a dieser Satzung die ihm zugewiesenen Räume samt überlassenen Zubehör nicht pfleglich behandelt,
- b) entgegen § 7 Abs. 3 Buchstabe b dieser Satzung in unhygienischem Maße die Unterkunft, die Toiletten, Küchen oder sonstigen sanitären Einrichtungen verschmutzt,
- c) entgegen § 7 Abs. 3 Buchstabe c dieser Satzung nicht die Unterkunft reinigt bzw. nicht ausreichend lüftet bzw. heizt,
- d) entgegen § 7 Abs. 3 Buchstabe d dieser Satzung die Außenanlagen verschmutzt,
- e) entgegen § 7 Abs. 3 Buchstabe e dieser Satzung sich nicht am Wohnheimbetrieb, bei der Reinigung der Gemeinschaftseinrichtungen, der Außenanlagen sowie am Räum- und Streudienst beteiligt,
- f) entgegen § 7 Abs. 3 Buchstabe f dieser Satzung die Hausordnung nicht ordnungsgemäß einzuhalten sowie den Räum- und Streudienst nicht sicherstellt,
- g) entgegen § 7 Abs. 3 Buchstabe h dieser Satzung mit den beeinflussbaren Verbrauchskosten nicht sparsam umgeht,
- h) entgegen § 7 Abs. 5 dieser Satzung eigenmächtig den Unterkunftsplatz wechselt, Einrichtungsgegenstände austauscht bzw. privates Inventar ohne Zustimmung der Unterbringungsverwaltung in die Unterkunft einbringt,
- i) entgegen § 7 Abs. 7 Buchstabe a dieser Satzung in der Unterkunft raucht,

- j) entgegen § 7 Abs. 7 Buchstabe b dieser Satzung eigenmächtig bauliche oder technische Änderungen an der Unterbringungseinrichtung vornimmt,
- k) entgegen § 7 Abs. 7 Buchstabe c dieser Satzung mit offenem Feuer umgeht, brennbare Stoffe und Flüssigkeiten lagert, privates Inventar in Gemeinschaftsräumen aufstellt,
- l) entgegen § 7 Abs. 7 Buchstabe d dieser Satzung in der Unterbringungseinrichtung die Brandwarn- und -meldeanlagen unzulässig betätigt bzw. auslöst,
- m) entgegen § 7 Abs. 7 Buchstabe e dieser Satzung vermeidbaren Lärm erregt,
- n) entgegen § 7 Abs. 7 Buchstabe f dieser Satzung Tiere hält,
- o) entgegen § 7 Abs. 7 Buchstabe g dieser Satzung Waren und Dienstleistungen anbietet und/oder kommerzielle Werbung betreibt,
- p) entgegen § 7 Abs. 7 Buchstabe h dieser Satzung private elektrische Heiz- und/oder Kochgeräte nutzt,
- q) entgegen § 7 Abs. 7 Buchstabe i dieser Satzung in der Gemeinschaftsunterkunft illegal Betäubungsmittel aufbewahrt, verkauft oder konsumiert oder Alkohol übermäßig konsumiert.

(2) Ist eine Handlung gleichzeitig Straftat und Ordnungswidrigkeit wie im Fall des § 7 Abs. 7 Buchstabe i dieser Satzung so wird nur das Strafgesetz angewendet. Die Handlung kann jedoch als Ordnungswidrigkeit geahndet werden, wenn eine Strafe nicht verhängt wird.

(3) Die Ordnungswidrigkeit gemäß Abs. 1 kann mit einer Geldbuße von 5 Euro bis 1.000 Euro geahndet werden.

§ 16 Salvatorische Klausel

Sollten einzelne Bestimmungen dieser Satzung unwirksam oder undurchführbar sein, bleibt davon die Wirksamkeit der Satzung im Übrigen unberührt.

§ 17 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.06.2024 in Kraft. Die Satzung des Landkreises Leipzig über die Nutzung von Unterbringungseinrichtungen zur Unterbringung von Asylbewerbern und anderen ausländischen Flüchtlingen im Landkreis Leipzig (Asylbewerberunterkunftssatzung) in der Fassung vom 07.12.2016 sowie die Satzung des Landkreises Leipzig über die Erhebung von Nutzungsgebühren in Unterbringungseinrichtungen zur Unterbringung von Asylbewerbern und anderen ausländischen Flüchtlingen im Landkreis Leipzig (Asylbewerberunterkunftssatzung) in der Fassung vom 07.12.2016 treten gleichzeitig außer Kraft.

Gleichzeitig treten die Satzung des Landkreises Leipziger Land über die Nutzung von Übergangwohnheimen und Ausweichunterkünften zur vorläufigen Unterbringung von Spätaussiedlern im Landkreis Leipziger Land (Spätaussiedler-ÜWH-Nutzungssatzung) in der Fassung vom 15.12.1999, die Satzung des Landkreises Leipziger Land über die Erhebung von Nutzungsgebühren in Übergangwohnheimen zur vorläufigen Unterbringung von Spätaussiedlern (Spätaussiedler-ÜWH-Gebührensatzung) in der Fassung vom 05.04.2006, die Satzung des Landkreises Leipziger Land über die Nutzung von Übergangwohnheimen und Ausweichunterkünften zur vorläufigen Unterbringung von Kontingentflüchtlingen im Landkreis Leipziger Land (Kontingentflüchtlings-ÜWH-Nutzungssatzung) vom 30.10.2002 sowie die Satzung des Landkreises Leipziger Land über die Erhebung von Nutzungsgebühren in Übergangwohnheimen und Ausweichunterkünften zur vorläufigen Unterbringung von Kontingentflüchtlingen (Kontingentflüchtlings-ÜWH-Gebührensatzung) vom 30.10.2002 außer Kraft.

Borna, den 21.03.2024

gez. *Henry Graichen*
Landrat

Anlage zur Nutzung- und Gebührensatzung für Unterbringungseinrichtungen des Landkreises Leipzig vom 01.06.2024

Gemäß § 14 der Nutzung- und Gebührensatzung für Unterbringungseinrichtungen wurden für die zentrale und die dezentrale Unterbringung Einheitsgebühren kalkuliert.

1. Die Einheitsgebühr nach § 14 Abs. 2 beträgt für die zentrale Unterbringung
477,31 Euro pro Platz und Monat
15,91 Euro pro Platz und Tag.
2. Die Einheitsgebühr nach § 14 Abs. 3 beträgt für die dezentrale Unterbringung
207,77 Euro pro Platz und Monat
6,93 Euro pro Platz und Tag.

II. Bekanntmachung der Neufassung der Richtlinie zur Ausreichung der Ausgleichsmittel für den Ausbildungsverkehr gemäß ÖPNVFinAusG § 1 Abs. 1 im Landkreis Leipzig, Kreistagsbeschluss Nr. 2024/009 KT vom 20.03.2024

Neufassung der Richtlinie zur Ausreichung der Ausgleichsmittel für den Ausbildungsverkehr gemäß ÖPNVFinAusG § 1 Abs. 1 im Landkreis Leipzig, Kreistagsbeschluss Nr. 2024/009 KT vom 20.03.2024

Der Freistaat Sachsen unterstützt die Landkreise und kreisfreien Städte als Träger des straßengebundenen ÖPNV und als Träger der Schülerbeförderung mit einem jährlichen Festbetrag zum Ausgleich der bei der Beförderung von Personen mit ermäßigten Zeitfahrausweisen des Ausbildungsverkehrs bei den Verkehrsunternehmen im ÖPNV entstehenden Mindereinnahmen. Die Höhe des dem Landkreis Leipzig zustehenden Festbetrages ist im jeweils gültigen Haushaltsbegleitgesetz des Freistaates Sachsen festgelegt.

Die Aufgabenträger für den öffentlichen Personennahverkehr haben diese Mittel im Rahmen ihrer eigenen Zuständigkeit an die Verkehrsunternehmen weiterzureichen, sofern dies zur Sicherstellung flächendeckender vergünstigter Ausbildungstarife notwendig ist und legen in eigener Verantwortung die Voraussetzungen für die zweckentsprechende Verwendung der Mittel und das Verfahren für die Auszahlung fest. Der Landkreis Leipzig regelt das Verfahren wie folgt:

§ 1 Rechtsgrundlagen

(1) Diese Richtlinie ergeht aufgrund von § 3 Abs. 2 Gesetz zur Finanzierung des Ausbildungsverkehrs im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNVFinAusG) vom 12. Dezember 2008 (SächsGVBl. S. 886, 883), das zuletzt durch Artikel 15 des Gesetzes vom 31. Mai 2023 (SächsGVBl. S.329) geändert worden ist. Die Richtlinie dient der zweckentsprechenden Verwendung der durch das Gesetz nach § 2 bereitgestellten Mittel.

§ 3 Abs. 2 des Gesetzes verpflichtet den Landkreis Leipzig, die zweckentsprechende Verwendung der Mittel nach § 1 Absatz 1 des Gesetzes bis zum 31. März des Folgejahres mit Angabe des jeweils an die Verkehrsunternehmen ausgezahlten Betrages nachzuweisen.

(2) Zwischen den im Verkehrsgebiet des Landkreises Leipzig tätigen Verkehrsunternehmen des öffentlichen Straßenpersonennahverkehrs und dem jeweiligen Aufgabenträger sind öffentliche Dienstleistungsaufträge (ÖDA) abzuschließen. Es handelt sich um öffentliche Dienstleistungsaufträge im Sinne der Art. 2 i. 3, Abs.1, 4, 5 Abs. 1 Satz 1 der VERORDNUNG (EG) Nr. 1370/2007 des EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 23. Oktober 2007 über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 1191/69 und (EWG) Nr. 1107/70 des Rates.

(3) Die Verkehrsunternehmen, welche die Verkehrsleistung im Verkehrsgebiet des Landkreises Leipzig auf der Grundlage eines ÖDA erbringen und für die der Landkreis Leipzig Betriebskostenzuschüsse zahlt, erhalten die Ausgleichsleistungen für den Ausbildungsverkehr im Rahmen der Gesamtmittel des vereinbarten Betriebszuschusses. Im Zuge der Abrechnung der ÖDA erfolgt durch die Verkehrsunternehmen der Nachweis zur Überkompensation gegenüber dem Aufgabenträger.

(4) Verkehrsunternehmen, welche Leistungen im Rahmen des öffent-

lichen Straßenpersonennahverkehrs oder im Schienenpersonennahverkehr erbringen und nicht Eisenbahnen des Bundes im Sinne von § 2 Abs. 6 des Allgemeinen Eisenbahngesetzes (AEG vom 27.12.1993, BGBl. I S. 2378, bereinigt 1994 I S. 2439, zuletzt geändert durch Art. 1 Neuntes Gesetz zur Änderung eisenbahnrechtlicher Vorschriften vom 28.05.2015, BGBl. I S. 824) sind und vor dem 01.01.1994 Verkehrsleistungen im Freistaat Sachsen erbracht haben, können, sofern sie im Interesse des Landkreises auf dessen Gebiet Leistungen im Rahmen des Ausbildungsverkehrs erbringen, die Ausgleichsleistungen auf Antrag als Auszahlung erhalten.

§ 2 Verfahrensregelung

(1) Das Vorhandensein flächendeckender vergünstigter Ausbildungstarife ist durch die Tarifpflicht im Verbundraum der Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH, zu dem der Landkreis Leipzig gehört, gegeben.

(2) Die von den Verkehrsunternehmen im Verkehrsgebiet des Landkreises Leipzig erbrachten Fahrplankilometer des Vorjahres bilden die Grundlage für den Ausgleich der bei der Beförderung von Personen mit ermäßigten Zeitfahrausweisen des Ausbildungsverkehrs den anspruchsberechtigten Verkehrsunternehmen entstehenden Mindereinnahmen.

(3) Die Verkehrsunternehmen melden dem Landratsamt Leipzig bis zum 31.05. eines jeden Jahres die von ihnen erbrachte Fahrplankilometerleistung des Vorjahres, die Meldung der Fahrplankilometer ist der Antrag des Verkehrsunternehmens. Die Fahrplankilometer sind Kilometer, die im Linienverkehr nach § 42 PBefG nach einem Regelfahrplan oder im RufBus Verkehr nach § 44 PBefG erbracht werden.

(4) Die Summe der im Verkehrsgebiet des Landkreises Leipzig von den einzelnen Verkehrsunternehmen erbrachten Fahrplankilometer des Vorjahres ergibt die Gesamtfahrplankilometer im Landkreis Leipzig.

(5) Die erbrachten Fahrplankilometer eines jeden Verkehrsunternehmens werden prozentual mit zwei Nachkommastellen ins Verhältnis zu den Gesamtfahrplankilometern des Landkreises Leipzig gesetzt.

(6) Der nach diesem Verfahren ermittelte Prozentsatz eines jeden Verkehrsunternehmens bildet die Grundlage für die Anteilsberechnung an den jeweils gemäß Haushaltsbegleitgesetz des Freistaates Sachsen dem Landkreis Leipzig zustehenden Mitteln zur Finanzierung des Ausbildungsverkehrs nach Anlage 1 dieser Richtlinie.

(7) Die Berechnung des Ausgleichsbetrages erfolgt nach Anlage 1 dieser Richtlinie.

(8) Die Entscheidung ist schriftlich zu erlassen und dem Verkehrsunternehmen zuzustellen.

(9) Bei Zahlungswirksamkeit erfolgt die Auszahlung an das Verkehrsunternehmen in einer Summe jeweils zum 15.10.

§ 3 Inkrafttreten

- (1) Diese Richtlinie tritt rückwirkend zum 1. Januar 2024 in Kraft.
- (2) Gleichzeitig tritt die Richtlinie zur Verteilung der Ausgleichsmittel für den Ausbildungsverkehr nach ÖPNVFinAusG im Landkreis Leipzig vom 15.05.2013 außer Kraft.

Borna, den 22.03.2024

Henry Graichen
Landrat

Anlagen

Anlage 1: Finanzielle Grundlagen und berechnete Beträge/Auszahlungsbeträge

Anlage 1: Finanzielle Grundlagen und Auszahlungsbeträge im Jahr 2024, Normjahr 2023

Die Finanzielle Grundlage bildet das Gesetz zur Finanzierung des Ausbildungsverkehrs im Öffentlichen Personennahverkehr in der jeweils gültigen Fassung. Darin sind die Festbeträge im Rahmen des Haushaltes des Freistaates Sachsen, mit denen der Freistaat Sachsen die durch den Ausbildungsverkehr den Verkehrsunternehmen entstehenden Mindereinnahmen ausgleicht, für das jeweilige Haushaltsjahr festgeschrieben.

Im Haushaltjahr 2024 beträgt die Höhe des Festbetrages 740.792 Euro und weitere Mittel in Höhe von 3.511.629 Euro. Insgesamt erhält der Landkreis Leipzig Mittel für den Ausbildungsverkehr im Jahr 2024 Mittel in Höhe von 4.252.421 Euro.
Für die Folgejahre ergibt sich der Finanzierungsbetrag aus der Fortschreibung dieser rechtlichen Grundlage.

Finanzierungsbetrag Landkreis Leipzig für 2024:
4.252.421 Euro

Unternehmen	Fahrplan-kilometer Verkehrs-gebiet Landkreis Leipzig	Anteile in Prozent	berechnete Beträge in Euro	zahlungswirksame Beträge in Euro
Regionalbus Leipzig GmbH				
THÜSAC Personen-nahverkehrs-gesellschaft mbH				
Leipziger Verkehrs-betriebe (LVB) GmbH - Bus				
Leipziger Verkehrs-betriebe (LVB) GmbH - Straßen-bahn				
Nordsachsen Mobil GmbH				

III. Bekanntmachungsanordnung für die vorstehend bekanntgemachten Satzungen

Der Kreistag des Landkreises Leipzig hat in seiner Sitzung am 20.03.2024 die

- Neufassung der Satzung über die Nutzungs- und Gebührensatzung für Unterbringungseinrichtungen des Landkreises Leipzig vom 01.06.2024
- Neufassung der Richtlinie zur Ausreichung der Ausgleichsmittel für den Ausbildungsverkehr gemäß ÖPNVFinAusG § 1 Abs. 1 im Landkreis Leipzig, Kreistagsbeschluss Nr. 2024/009 KT vom 20.03.2024

beschlossen.

Diese Rechtsvorschriften werden hiermit öffentlich bekannt gemacht. Es wird darauf hingewiesen, dass Satzungen und Beschlüsse, die unter Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften zustande gekommen sind, ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen gelten. Dies gilt gemäß § 3 Absatz 5 Satz 2 der Landkreisordnung für den Freistaat Sachsen (SächsLKrO) nicht, wenn

1. die Ausfertigung der Satzung oder des Beschlusses nicht oder fehlerhaft erfolgt ist;
2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung oder des Beschlusses verletzt worden sind;
3. der Landrat dem Beschluss nach § 48 Abs. 2 SächsLKrO wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat,
4. vor Ablauf der vorstehend genannten Frist
 - a) die Rechtsaufsichtsbehörde einen Beschluss beanstandet hat oder
 - b) die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschrift gegenüber dem Landkreis unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach § 3 Absatz 5 Satz 2 Nr. 3 oder 4 SächsLKrO geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in § 3 Abs. 5 Satz 1 SächsLKrO genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.

Borna, den 26.03.2024
gez. Henry Graichen
Landrat

- Siegel -

Impressum

- Herausgeber:
Landkreis Leipzig, vertreten durch Landrat Henry Graichen, Stauffenbergstr. 4, 04552 Borna, www.landkreisleipzig.de
Redaktion:
Brigitte Laux, Brigitte.laux@lk-l.de, Tel. 03433 241 1010
- Verlag und Abo-Druck:
LINUS WITTICH Medien KG, An den Steinenden 10, 04916 Herzberg (Elster), Tel. 03535 489-0
vertreten durch den Geschäftsführer ppa. Andreas Barschtipan, www.wittich.de/agb/herzberg
- Verantwortlich für den amtlichen Teil:
Landkreis Leipzig, vertreten durch Landrat Henry Graichen, Stauffenbergstr. 4, 04552 Borna

